

Artikel 1 des Grundgesetzes

(1)

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2)

Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Der Kreis Groß-Gerau ist ein weltoffener Landkreis. Hier leben Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern der Welt mit ihren je eigenen kulturellen Gepflogenheiten und religiösen Zugehörigkeiten. Wir leben im Kreis Groß-Gerau mit Respekt und auf Augenhöhe zusammen. Kein Mensch ist dem anderen unterlegen – alle Menschen sind gleichwürdig.

Gemeinsam treten wir ein für eine von Vielfalt geprägte Gesellschaft und betrachten die Vielfalt als eine Bereicherung. Wir stehen ein für Demokratie, Humanität, ein respektvolles Miteinander, kulturelle und religiöse Vielfalt und für Solidarität.

Rechtsextremismus, Rassismus, Menschenfeindlichkeit, Antiziganismus, Antislawismus, Antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit und Diskriminierungen jeglicher Art lehnen wir entschieden ab. Für all das gibt es keine Rechtfertigung und entsprechend werden sie von uns nicht toleriert. Zudem ist uns bewusst, dass menschenfeindliche und rassistische Ideologien, Haltungen und Handlungen nicht nur am extremen Rand existieren, sondern gesellschaftlich verbreitet sind. Diesen treten wir entschlossen entgegen und verteidigen unsere demokratischen Werte. Wir orientieren uns hierbei am Grundgesetz und an der UN-Menschenrechtskonvention.

Der Kreistag des Kreises Groß-Gerau, erteilt jeglichen rechtsextremistischen Gruppen, Strömungen und Parteien eine klare Absage. Wir lehnen Hass und Hetze, Gewalt jeglicher Art, Geschichtsrevisionismus und menschenfeindliche Absichten und Handlungen unmissverständlich ab. Wir, die Abgeordneten des Kreistags stehen für Freiheit, Respekt, vielfältiges Miteinander, Solidarität und Demokratie ein.

Der Kreistag appelliert an die Verantwortlichen in den Kommunen, in anderen öffentlichen Einrichtungen und an Bildungseinrichtungen, ihre Bemühungen zu intensivieren, um ihre Haltung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit zu zeigen, zu vermitteln und zu leben.

Wir bedanken uns bei allen für das vielfache Engagement und rufen alle Einwohner*innen dazu auf weiterhin gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit aufzustehen, ihre Stimmen zu erheben und solidarisch füreinander einzutreten.